

Stand: 08.10.2024 12:04:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/17870

"Neue Chancen für Bayerns Jugend IV - Stärkung der Jugendsozialarbeit an Schulen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/17870 vom 20.09.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/18817 des SO vom 10.11.2021
3. Beschluss des Plenums 18/19480 vom 08.12.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 100 vom 08.12.2021



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Neue Chancen für Bayerns Jugend IV - Stärkung der Jugendsozialarbeit an Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Um Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung der persönlichen, familiären und schulischen Folgen der Coronapandemie zu unterstützen, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich für eine Stärkung der Jugendsozialarbeit an Schulen einzusetzen.

Dabei sind insbesondere folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Ausweitung der Jugendsozialarbeit an Schulen
 - Die von den Kommunen angemeldeten Bedarfe für zusätzliche Stellen der Jugendsozialarbeit an Schulen müssen kurzfristig finanziert werden.
 - Die Förderhöhen sind in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden anzupassen, damit diese besser die Kostensteigerung der letzten Jahre abbilden.
 - Die Kriterien der Förderschädlichkeit sind anzupassen, sodass auch Kommunen, die aufgrund des Ausbaustopps der letzten Jahre in Eigenregie Sozialarbeiter eingestellt haben, nachträglich eine Förderung erhalten können.
2. Umstrukturierung der Instrumente der Jugendsozialarbeit an Schulen und Schulsozialarbeit
 - Langfristig soll eine Zusammenfassung der Angebote der Jugendsozialarbeit an Schulen und Schulsozialarbeit erfolgen, um die Verwaltungsbürokratie zu schmälern und unabhängig von der Zuständigkeit eine gute Versorgung zu sichern. Dabei soll die Zuständigkeit für die neue reformierte Jugendsozialarbeit an Schulen in das Staatsministerium für Unterricht und Kultus verlagert werden.
 - Entscheidend für eine Förderung dürfen nicht mehr die einzelnen Schulformen, sondern ausschließlich die Bedarfe der Schüler sein. Die Jugendsozialarbeit an Schulen soll daher auf alle Schulformen, insbesondere auch auf Gymnasien, ausgeweitet werden.
 - Die Ergebnisse der neuen Jugendsozialarbeit an Schulen sollen durch eine externe Stelle evaluiert werden.
3. Sicherstellung der Finanzierung
 - Die bisherige Finanzierung in Form von Förderrichtlinien wird in eine dauerhafte Regelfinanzierung überführt.
 - Zu Beginn des Schuljahres ermitteln die Schulen anhand eines mit Expertinnen und Experten entwickelten Kriterienkatalogs (beispielweise soziale Zusammensetzung der Schülerschaft, Förderbedarfe, Sozialindex, Einschätzung des Jugendamtes) den Bedarf. Dieser Bedarf wird an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus gemeldet, das der Schule ein entsprechendes Personalbudget zur Verfügung stellt.

- Eine Kooperation mehrerer Schulen bei der Jugendsozialarbeit und der Einsatz einer Jugendsozialarbeiterin bzw. eines Jugendsozialarbeiters an mehreren Schulen soll trotz der Umstrukturierung möglich sein.

Begründung:

Jugendsozialarbeit an Schulen und die Schulsozialarbeit stellen Schülerinnen und Schülern, insbesondere mit sozialen Benachteiligungen oder individuellen Beeinträchtigungen, geeignete Angebote zum Ausgleich ihrer Problemlagen bereit, sodass sie in ihrer persönlichen und sozialen Entwicklung bestmöglich gefördert werden können. Insofern tragen beide Institutionen zur Chancengerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler bei und unterstützen eine gelingende Persönlichkeitsentwicklung. Gerade im Zusammenhang mit der Pandemie leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag, um die individuellen Folgen für Schülerinnen und Schüler abzufedern und einer Exklusion benachteiligter junger Menschen entgegenzuwirken. Die bisherigen Doppelstrukturen durch die Trennung von Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit an Schulen sorgen jedoch für bürokratisches Kompetenzgerangel zwischen den Zuständigkeitsträgern und behindern die effektive Arbeit vor Ort. Zudem wirkte sich der Ausbaustopp der letzten Jahre negativ auf die Entwicklung des Angebots dieser Instrumente aus. Während die Bedarfe weiter stiegen, kam es zu keinem weiteren Ausbau. Obwohl die Kommunen einen enormen Bedarf an zusätzlichen Stellen gemeldet haben, wurde lange Zeit keine neue Förderung ermöglicht. Kommunen, die sich in dieser Zeit entschieden haben, Jugendsozialarbeiter an Schulen einzustellen, haben förderschädlich gehandelt und können keine Förderung mehr erhalten. Zwar wurde erst kürzlich ein weiterer Ausbau der Kapazitäten verkündet, aber dieser deckt lediglich den Bedarf, den die kommunalen Spitzenverbände bereits vor zwei Jahren gemeldet haben. Die darüber hinaus gehenden Bedarfe der Kommunen gilt es sofort zu finanzieren, um einen weiteren Ausbau der Jugendsozialarbeit zu ermöglichen und somit etwaigen negativen Folgen des Lock-downs bei Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken. Hierzu soll auch eine Ausweitung des Instruments auf weitere Schulformen, wie dem Gymnasium, dienen.

Bereits seit dem Jahr 2013 gibt es eine Zusage der Staatsregierung, dass die Kosten für die Jugendsozialarbeit an Schulen paritätisch vom Freistaat und den Kommunen getragen werden sollen. Bisher wurde dieses Versprechen jedoch noch nicht umgesetzt. Vielmehr sinkt der Anteil des Freistaates durch die seit vielen Jahren nicht mehr angepasste Förderhöhe. Hierzu sollten unverzüglich Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden aufgenommen werden, um die Förderhöhe anzupassen.

Langfristig sollte eine Zusammenfassung der redundanten Strukturen der Jugendsozialarbeit an Schulen und der Schulsozialarbeit erfolgen und in eine dauerhafte Regelfinanzierung überführt werden. Die reformierte Jugendsozialarbeit an Schulen gilt es dann in die Zuständigkeit der einzelnen Schulen zu überführen und damit auch in den Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. Die Förderung wäre dadurch viel flexibler und könnte sich nach den wirklichen Bedarfen richten, die von den Schulen selbst ermittelt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a.
und Fraktion (FDP)**

Drs. 18/17870

**Neue Chancen für Bayerns Jugend IV - Stärkung der Jugendsozialarbeit an
Schulen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Julika Sandt**
Mitberichterstatlerin: **Petra Högl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bildung und Kultus und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 30. September 2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 21. Oktober 2021 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 115. Sitzung am 10. November 2021 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/17870, 18/18817

**Neue Chancen für Bayerns Jugend IV –
Stärkung der Jugendsozialarbeit an Schulen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Julika Sandt

Abg. Matthias Enghuber

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Jan Schiffers

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Barbara Becker

Staatsministerin Carolina Trautner

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 20 bis 25 auf:

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Neue Chancen für Bayerns Jugend I - Recht auf altersgerechte Beteiligung in die Bayerische Verfassung (Drs. 18/17867)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Neue Chancen für Bayerns Jugend II - Einführung eines Jugend-Checks für Gesetzesvorhaben (Drs. 18/17868)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Neue Chancen für Bayerns Jugend III - Ausbau und Stärkung von Jugendparlamenten (Drs. 18/17869)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Neue Chancen für Bayerns Jugend IV - Stärkung der Jugendsozialarbeit an Schulen (Drs. 18/17870)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Neue Chancen für Bayerns Jugend V - Mental Health matters - psychische Erkrankungen entstigmatisieren und gezielt helfen (Drs. 18/17871)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Neue Chancen für Bayerns Jugend VI - Mental Health matters, auch in Bildung (Drs. 18/17872)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Sandt für die FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Woche haben die FREIEN WÄHLER zusammen mit der CSU einen Dringlichkeitsantrag anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der Bayerischen Verfassung vorgelegt. Darin haben diese Fraktionen im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel ein bisschen mehr Jugendbeteiligung gefordert. Wie ernst Sie es mit Jugendpolitik, mit Jugendbeteiligung und Jugendrechten meinen, können Sie nachher in Ihrem Abstimmungsverhalten zeigen.

Kinder und Jugendliche mussten in der Corona-Krise auf vieles verzichten, was Kindheit und Jugend ausmacht: keine Kita, keine Schule, kein Sport, kein Spielplatz und keine Jugendarbeit. Die Auswirkungen sind verheerend. Rund 70 % der Kinder und Jugendlichen fühlen sich psychisch belastet. Die Zahl der psychischen Auffälligkeiten hat sich verdoppelt. Leider ignoriert die Politik der Staatsregierung die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen seit zwei Jahren konsequent. Das beste Beispiel dafür ist die 2G-Regel für junge Menschen. Sie kam gerade einmal drei Monate nach der Impfempfehlung. Sie schließt daher viele Jugendliche von sozialer Teilhabe aus.

Umso wichtiger ist unser Antragspaket. Im ersten unserer sechs Anträge fordern wir die Aufnahme der Kinderrechte in die Bayerische Verfassung, damit die Verfassung auch der UN-Kinderrechtskonvention entspricht. Diesen Schritt hat Hessen schon gemacht; wir können uns daran ein Beispiel nehmen. Dann würde auch unsere Verfassung das Recht auf altersgerechte Beteiligung und die Sicherung des Kindeswohls bei allen staatlichen Maßnahmen beinhalten. Dann würde man sich vielleicht mehr Gedanken machen, bevor man Spielplätze schließt oder einen Lockdown für den gesamten Sport beschließt.

Im Koalitionsvertrag haben Sie eine Verfassungskommission versprochen. Diese wäre die Voraussetzung dafür. Wir warten darauf. Wir warten jetzt seit zwei Jahren darauf. Ich frage mich wirklich, wann endlich die von Ihnen versprochene Verfassungskommission kommt.

Damit zudem bei jedem Gesetz überprüft wird – das ist unser zweiter Antrag – wie sich das Gesetz auf junge Menschen auswirkt, fordern wir einen Jugend-Check für alle Gesetzesvorhaben, wie es ihn auch schon auf Bundesebene gibt. Das geht – folgen Sie dem Beispiel!

Ein ganz wichtiger Punkt ist das Recht auf Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunen und auch auf Landesebene. Sie fordern zwar eine Fach- und Servicestelle im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel; Sie können sich aber auch an Nordrhein-Westfalen orientieren – dort wird jetzt ein Jugendparlament eingerichtet – zumal man in Bayern erst ab 18 Jahren wählen darf. Wir treiben jetzt auf Bundesebene das Wahlrecht ab 16 Jahren voran. Deshalb wäre es schön, wenn Sie in Bayern Ihre Blockadehaltung aufgeben würden.

(Beifall bei der FDP)

Wie ich bereits angemerkt habe, hat sich die Corona-Krise massiv auf die psychische Gesundheit ausgewirkt. Daher braucht es eine Stärkung der Jugendsozialarbeit an

Schulen und eine auskömmliche Finanzierung, eine bedarfsgerechte Finanzierung, die auch die Kostensteigerungen der letzten Jahre berücksichtigt.

Ein weiterer Antrag: Die psychische Gesundheit muss auch in die Lehrpläne Einzug halten, und es muss Unterstützungsangebote und eine Entstigmatisierungskampagne geben. Wir brauchen niedrigschwellige Zugänge wie beispielsweise eine rund um die Uhr erreichbare "Nummer gegen Kummer".

Es gibt viel zu tun! Lassen Sie Ihren Ankündigungen der letzten Woche auch Taten folgen. Stimmen Sie unserem Antragspaket zu!

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Matthias Enghuber. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Matthias Enghuber (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Sandt, Sie haben wieder einmal Ihre Rede mit einem Fehlstart begonnen. Dass uns die Jugend und die Auswirkungen der Maßnahmen der Corona-Pandemiebekämpfung auf die Jugend egal wären, ist totaler Blödsinn. Dass es bei der 2G-Regel Ausnahmen für Jugendliche gibt, haben Sie bewusst wider besseres Wissen oder unbewusst – das weiß ich nicht – verschwiegen.

Ihre Verfassungsinitiative und die Einführung eines Jugend-Checks für Gesetzesinitiativen und Verordnungen mögen auf den ersten Blick vielleicht begrüßenswert oder sogar logisch erscheinen, geht es uns doch allen im Hohen Hause darum, Zukunft zu gestalten. Dies bedeutet automatisch, dass man sich die Auswirkungen unserer Entscheidungen auf die junge Generation genau ansehen muss. Ihr Antrag zeichnet aber entweder bewusst ein falsches Bild oder Sie wissen es einfach nicht besser. Sie wollen den Eindruck erwecken, dass die Auswirkungen unseres Handelns auf die nächste Generation nicht beachtet werden, die Sichtweisen der jungen Leute den Abgeordne-

ten und der Staatsregierung egal wären und die Jugend keine Einbindung erfahren würde.

Wir haben in Bayern mit dem Bayerischen Jugendring als Körperschaft des öffentlichen Rechts einen Dachverband für eine breite Landschaft von Jugendverbänden, die gemeinschaftlich genau hinschauen, wenn wir neue Gesetze auf den Weg bringen. Das jugendpolitische Gesamtkonzept der Staatsregierung, das wir als Landtag in Auftrag gegeben haben, wird zudem weitere Partizipationsmöglichkeiten aufzeigen. Sie wollen aber scheinbar eine zusätzliche Behörde schaffen, die das Handeln der Abgeordneten kontrolliert und korrigiert – ein seltsames Verständnis von Parlamentarismus. Ich frage Sie: Was ist denn eigentlich Ihr Prüfungsgegenstand? Wie objektivieren Sie denn das vermutete Interesse der Jugend, die es als monolithischen Block ebenso wenig gibt wie die eine richtige Antwort auf die Zukunftsfragen unseres Landes.

Wir alle haben hoffentlich bei unserer politischen Arbeit das Wohl aller Altersgruppen im Blick. Bedenken Sie: So wichtig die Sichtweise der Jugend auf unsere politische Arbeit ist, eine Segregation der Bewertung unserer parlamentarischen Arbeit auf einzelne Gesellschaftsgruppen wäre der Einstieg in Klientelpolitik, die Ihnen als FDP vielleicht naheliegen mag, zum Wohl des gesamten Volkes und seiner Zukunft aber zu kurz greift. Deshalb ist diese Initiative in Bayern nicht hilfreich und dieser Antrag daher abzulehnen.

Zum Thema Jugendparlamente möchte ich Ihnen sagen, dass wir dieses Thema selbstverständlich auf der Agenda haben. Wir wollen mehr Mitwirkung für junge Leute in der Kommunalpolitik. Jugendparlamente sind Demokratieschulen; sie bieten die Möglichkeit, unmittelbar an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes, der eigenen Heimat mitzuwirken und eigene Ideen zu realisieren. Das sage ich aus eigener Erfahrung als Mitbegründer eines Jugendparlaments. Wie wir als Regierungskoalition die Jugendparlamente vor Ort stärken und Jugendlichen zu wirklicher Partizipation verhelfen, können Sie gern in unserem bereits diskutierten Antrag nachlesen.

Ihre Empfehlungen machen mich etwas ratlos, Frau Kollegin Sandt. Manche Ideen sind hervorragend, und deswegen hatten wir sie ja auch schon selber. Die Instrumente, die Sie fordern, gibt es nämlich bereits.

Sie fordern erstens die Schaffung klarer Empfehlungen für den Einsatz von Kinder- und Jugendparlamenten. Diese schickt Ihnen der Bayerische Jugendring gerne zu. Er leistet da hervorragende Arbeit.

Zweitens fordern Sie, Weiterbildungsangebote für Kommunalverwaltungen im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung einzuführen. Diese gibt es ebenfalls schon reichlich.

Drittens wollen Sie eine Fach- und Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung. Diese haben wir auch, und zwar mehrfach, nämlich vom Bayerischen Jugendring über das Sozialministerium, über zahlreiche Handreichungen bis zum Landesjugendhilfeausschuss usw.

Sie wollen, dass sich die Jugendparlamente vernetzen. Dazu gibt es seit den Neunzigerjahren den Verband bayerischer Jugendparlamente und Jugendforen. Da muss man dann einfach mal mitmachen. – Bitte schön, herzliche Einladung!

Ein Modell für eine Landesjugendvertretung haben wir mit einem Antrag ebenfalls auf den Weg gebracht. Ihr Vorschlag, ein Landesjugendparlament über die Schülermitverwaltungen zu rekrutieren, kopiert zum einen die Landesschülerkonferenz und die überregionalen SMV-Strukturen, zum anderen erhalten Sie vermutlich ein gigantisches Gremium, das sich am Ende als wenig effizient erweisen dürfte. Da müssen wir bitte noch einmal ran. Das in Kürze vorliegende umfassende Beteiligungskonzept der Staatsregierung wird eine gute Diskussionsgrundlage bieten. Auch diesen Antrag halten wir für wenig ausgegoren und für nicht zielführend. Wir lehnen die FDP-Anträge diesbezüglich daher ab. Zu den übrigen Punkten wird meine Kollegin sprechen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich der Kollegin Julika Sandt, FDP-Fraktion, das Wort.

Julika Sandt (FDP): Welche großen Ausnahmen von der 2G-Regel gibt es denn? Sind Sie wirklich der Meinung, dass der Bayerische Jugendring mit der aktuellen Regelung zufrieden sein kann? Sind Sie nicht der Meinung, dass Jugendliche momentan massiv von sozialer Teilhabe ausgeschlossen werden? Ist das wirklich Ihr Ernst? Sind Sie wirklich der Meinung, dass die Staatsregierung Kinder und Jugendliche in einer Art und Weise in den Fokus ihrer Politik nimmt, die den Kindern und Jugendlichen gerecht wird?

Sie werfen uns Klientelpolitik vor. Diesen Vorwurf höre ich mir gerne an. Ich mache gerne Klientelpolitik für Kinder und für junge Menschen, für Menschen überhaupt, vor allen Dingen für Kinder und Jugendliche. Das mache ich als jugendpolitische Sprecherin gerne. Ich fordere Sie auf, auch Klientelpolitik für junge Menschen zu machen.

Matthias Enghuber (CSU): Frau Kollegin Sandt, die Bayerische Staatsregierung hat in Gestalt unseres Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder die Jugend zu einem Jugendgipfel in die Staatskanzlei eingeladen. Das Sozialministerium hat unter Führung von Staatsministerin Carolina Trautner einen digitalen Hackathon abgehalten, der die Interessen der Jugendlichen ganz klar herausgestellt hat. Dass der Staatsregierung die Interessen der Jugend egal wären, ist also einfach falsch.

Zum Thema Corona-Maßnahmen darf ich Ihnen sagen: Ich bin froh, dass es mittlerweile die Möglichkeit gibt, dass sich junge Leute impfen lassen können, dass wir es geschafft haben, dieses Angebot durch dezentrale Impfangebote auch zu den jungen Menschen zu bringen und somit Teilhabe wieder zu ermöglichen. Wir haben in den Schulen ein sicheres Umfeld geschaffen, das auch im außerschulischen Bereich genutzt werden kann. Dies geschieht auch. Ich stelle fest, dass gerade bei den jungen Leuten die Bereitschaft, die Corona-Maßnahmen mitzutragen und diese verdammte

Pandemie in die Schranken zu weisen und zu bekämpfen, wahnsinnig groß ist, vielleicht sogar größer als in anderen Teilen der Bevölkerung.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Matthias Enghuber (CSU): Frau Kollegin, deshalb ist es wichtig, immer das gesamte Bild im Blick zu behalten. Das funktioniert mit Klientelpolitik nicht so ganz.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Eva Lettenbauer. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, servus liebe Kolleginnen und Kollegen! Entscheidungen sollen nicht nur, sondern müssen aus unserer Sicht auch von denen getroffen werden, die sie betreffen und die sie mittragen müssen. Das gilt heute mehr denn je. Das inzwischen berühmte Brennglas Corona hat auch gezeigt, dass die Infektionsschutzmaßnahmen besonders junge Menschen treffen. Diese jungen Menschen haben in Bayern zumindest nur wenig bis keine Mitsprache. Liebe Kolleg*innen, das muss sich endlich ändern, auf Landesebene und auch auf kommunaler Ebene, bei der Gesetzgebung, aber auch in der Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Carolina Trautner, Sie haben selbst gesagt, dass Sie der Jugend vertrauen, dass sie viel zu sagen, gute Argumente und tolle Ideen hat. Es wäre schade, wenn man das nicht in die politische Arbeit mitnehmen würde. Leider müssen wir feststellen, dass mehr als solche warmen Worte, mehr als ein Hackathon, mehr als ein Gipfel, auf dem man mal redet, von der Staatsregierung nicht erwartet werden darf. Das ist äußerst schade für die Jugendlichen. Das ist wirklich erschreckend.

Die FDP hat, wie auch wir GRÜNE und die SPD-Fraktion, nach der Anhörung zur Jugendbeteiligung im Sozialausschuss Antragspakete genau zu den von den Expert*innen und von den jungen Menschen angesprochenen Themen eingereicht. Was ist passiert? – Durch die Bank abgelehnt. Jugendbeteiligung ist kein Luxus, sondern ein Menschenrecht, liebe Kolleg*innen. Wir als Parlament sind verpflichtet, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass eine echte Beteiligung möglich wird. Auch wir GRÜNE fordern eine Gesamtstrategie "Jugendbeteiligung in Bayern". Zur Erarbeitung dieser Strategie braucht es das Know-how der Fachverbände, der Jugendorganisationen, der Wissenschaft und der Jugendlichen selbst. Eine echte und wirksame Jugendbeteiligung ist und bleibt ein Schlüssel zur Stärkung unserer demokratischen Gesellschaft, kein Klotz am Bein, wie es vielleicht so mancher in diesem Hohen Haus sieht.

Genau deswegen wollen wir die Beteiligungsmöglichkeiten von jungen Menschen schon auf den kommunalen Ebenen verbessern. Dafür muss nichts mehr geprüft oder überlegt werden. Das Recht auf Jugendbeteiligung muss in die Gemeindeordnung eingefügt werden, und zwar ein Recht und kein Soll. Das Rad müsste da überhaupt nicht neu erfunden werden; man kann in andere Bundesländer schauen, in denen es dieses Recht schon gibt.

Wir brauchen in Bayern einen Jugend-Check. Wir brauchen eine Gesetzesfolgenabschätzung, die die Jugend in den Blick nimmt und die für mehr Jugendgerechtigkeit und Jugendbeteiligung sorgen kann. Erst Mitte April dieses Jahres haben sich richtig viele junge Vertreter*innen von Verbänden und Parteien über die Wirksamkeit des Instruments Jugend-Check unterhalten. Es herrschte absolute Einigkeit: Der Jugend-Check ist als Instrument sinnvoll. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist aber nur dann der Fall, wenn die Ergebnisse der Jugend-Checks im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. An dieser Stelle müssen endlich Fakten geschaffen werden, und der Jugend-Check muss kommen.

Mitbestimmung muss aber auch allen Jugendlichen offenstehen. Wir GRÜNE fordern deswegen, dass inklusive Methoden und Angebote der Jugendarbeit endlich stärker

gefördert werden und so eine inklusive Jugendbeteiligung gelingen kann. Dafür braucht es zum Beispiel eine bessere Vernetzung zwischen Selbsthilfeverbänden und den Einrichtungen in der Behindertenhilfe einerseits und den Einrichtungen und Diensten der Jugendarbeit andererseits. Die Rahmenbedingungen können durch Förderung und Finanzierung von geeigneten Formaten definitiv noch viel besser werden, zum Beispiel mit Kontakt- und Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung und ihre Familien. Sie sollen verstärkt über inklusive Angebote der Jugendarbeit und über deren Teilnahmemöglichkeiten informiert werden.

Wenn wir an Teilhabe und Beteiligung denken, müssen wir auch an die Grundlagen dafür denken. Dafür braucht es auf jeden Fall mehr politische und bessere politische Bildung hier in Bayern. Jugendgerechte politische Bildung beginnt schon mit den Möglichkeiten zur direkten Beteiligung und damit, dass man Selbstwirksamkeit auch wirklich erleben kann. Worum geht es also? – Es geht darum, Jugendbeteiligung in allen Schulformen wirklich zu leben. Die Schülerinnen und Schüler sollen in ihrem Schulumfeld mitentscheiden können. Es geht auch darum, die Jugendsozialarbeit an Schulen auszubauen. Das gilt auch für die Schulsozialarbeit. Mit einer schulfachübergreifenden politischen Bildung, mit Fortbildungen für Lehrkräfte, aber auch mit erlebnispädagogischen Angeboten wie Planspielen können wir die politische Bildung hier in Bayern noch kräftig ausbauen.

Wir sehen also: Warme Worte sind zur Genüge geäußert. Es gibt richtig viel zu tun. Wir werden dem Antragspaket der FDP zustimmen und appellieren an die Staatsregierung: Reden Sie nicht nur, sondern handeln Sie für die jungen Menschen hier in Bayern, die es besonders in der Pandemie verdient haben, endlich wieder alle ins Jugendzentrum gehen zu können und deutlich mehr politische Bildung in der Schule zu erleben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Tobias Gotthardt. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ist denn heute schon Weihnachten? – Das habe ich mir gedacht, als ich das Antragspaket gesehen habe, das uns die FDP mit einer gelben Schleife – was ist eure Farbe? – auf den Tisch gelegt hat. Ich muss euch aber ganz ehrlich sagen: Wenn man das Paket aufmacht, ist man fast etwas enttäuscht. Es ist deswegen enttäuschend, weil euch – Herr Kollege Enghuber hat das schon gesagt – nicht viel Neues einfällt und nichts anderes als das, was wir in Bayern ohnehin schon tun. Frau Kollegin Lettenbauer, die warmen Worte in Sachen mehr Jugendbeteiligung und mehr politische Bildung für Jugendliche kommen von euch. Wir in der Bayernkoalition sind diejenigen, die Jugendbeteiligung wirklich machen. Darauf kommt es an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vor ein paar Wochen stand ich hier – daran kann ich mich erinnern – und habe in einer längeren Rede zum "Bayerischen Jahr der Jugend" ausgeführt, was wir in den letzten Monaten gemeinsam mit dem Koalitionspartner gemacht haben. Wir haben unser JuBeL-Paket – selbst diese Idee ist geklaut – für mehr Jugendbeteiligung auf Landesebene eingebracht. Mittlerweile haben wir seit dem Jahr 2018 zwölf Anträge in den Bayerischen Landtag eingebracht mit ganz konkreten Beispielen und Vorgehensweisen für mehr und bessere Jugendbeteiligung auf Landesebene in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich lasse mir nicht das Niveau, das wir in Bayern haben, kaputtreden. Wir haben in Bayern bereits ein hohes und gutes Niveau der Jugendbeteiligung. Das heißt nicht, dass man nicht noch mehr machen kann. Deswegen machen wir auch mehr. Aber wir haben bereits ein hohes Niveau. Ich sage dem Bayerischen Jugendring und allen Verbänden, die dieses Konzept leben, Danke. Ich sage den Lehrkräften Danke, die an

den Schulen dafür einstehen. Und ich sage auch ausdrücklich Danke an Carolina Trautner und an Staatssekretärin Anna Stolz, die in den Bereichen Soziales und Bildung für gelebte Jugendbeteiligung einstehen – vielen Dank dafür!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich will den Ball gerne ein bisschen zurückspielen. Von der FDP kam der Vorschlag für mehr Kinderrechte in der Bayerischen Verfassung. Wissen Sie was? – In der Bayerischen Verfassung sind die Kinderrechte und die Entwicklung der Kinder enthalten. Gehen Sie nach Berlin und sorgen Sie dafür, dass die Kinderrechte Einzug in das Grundgesetz halten! Machen Sie das! Frau Kollegin, das können Sie machen, wenn Sie wollen.

(Zurufe von der FDP – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ein anderes Beispiel: die Jugendsozialarbeit an Schulen. Ganz ehrlich, Bayern investiert in diesem Bereich mehr als jedes andere Bundesland in Deutschland. Natürlich können wir immer noch mehr machen. Aber auch da sage ich Ihnen: Gehen Sie doch in die Länder, in denen Sie politische Verantwortung haben, und sagen Ihren Kollegen dort, dass sie sich ein Beispiel an Bayern nehmen sollen, weil wir in diesem Bereich schon einiges tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zur Mitsprache an den Schulen: Wer war es denn, der die SMV an Grundschulen fordert und jetzt umgesetzt hat? Damals waren wir noch in der Opposition. – Wir haben sie umgesetzt und nicht irgendjemand von eurer Seite. Wir haben das umgesetzt, weil wir in diesem Bereich einfach machen, auch wenn Machen manchmal dauert, aber am Ende kommt etwas heraus, und das zählt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich zähle jetzt nicht all die Punkte auf, die wir in diesen zwölf Anträgen alle umgesetzt haben; das hat Kollege Enghuber schon sehr gut gemacht. Ich sage Ihnen aber auch: Damals habt ihr auch gesagt, das "Bayerische Jahr der Jugend" seien nur warme Worte. Ist euch aber klar, dass wir mit diesem "Bayerischen Jahr der Jugend" einen Rahmen schaffen, der uns zwölf Monate lang die Möglichkeit gibt, den Fokus komplett auf die Jugend zu lenken und gemeinsam mit den Jugendlichen – so, wie wir es bisher schon getan haben und noch intensiver tun werden – darüber zu reden, wie wir Jugendbeteiligung in Bayern noch besser machen können als bisher. Ich sage euch: Wir werden nach zwölf Monaten weitere Ergebnisse haben und gemeinsam mit dem Kollegen Enghuber und der Staatsministerin und der Staatssekretärin dafür einstehen, dass wir vorankommen. Wir machen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Jan Schiffers für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Mit dem Antrag I fordert die FDP-Fraktion die Aufnahme von Kinderrechten in die Bayerische Verfassung. Begründet wird dies mit Defiziten im Rahmen der Corona-Maßnahmenkrise. Ganz grundsätzlich gilt aus unserer Sicht, dass die Aufnahme von sogenannten Kinderrechten in die Verfassung – sei es in die Bayerische oder in die deutsche Verfassung – aus ganz grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen ist.

Die UN-Kinderrechtskonvention gilt aufgrund der bundesrechtlichen Umsetzung bereits als einfaches Gesetzesrecht. Darüber hinaus sind nach derzeitigem Stand auch Kinder Träger aller Grundrechte. Es trifft zu, dass im Bereich der Bildung in den letzten

eineinhalb Jahren viel falsch gelaufen ist. Der mit dem Antrag verfolgte Weg führt aber nicht zum Ziel.

Zum Vorhaben der Einführung eines Jugend-Checks für Gesetzesvorhaben: Ein derartiges Vorhaben ist aus unserer Sicht bereits deshalb abzulehnen, weil die Überprüfung der Auswirkung von Gesetzesvorhaben auf alle Teile der Bevölkerung und damit selbstverständlich auf die Jugend ureigene Aufgabe jedes Abgeordneten ist. Hier nun weitere Stellen auf Steuerzahlerkosten zu schaffen, ist der falsche Weg. Jeder einzelne Parlamentarier ist hier – wie erwähnt – gefordert.

Mit dem Antrag III wird der Ausbau und die Stärkung von Jugendparlamenten begehrt. Auch hier wird wiederum auf die Defizite der Corona-Maßnahmenkrise verwiesen, um das Ziel des Antrags zu begründen. Zu beachten ist jedoch, dass Unterstützungsangebote für Kommunen bereits bestehen. Entscheidend sind die Verhältnisse vor Ort, und die können sehr unterschiedlich sein. Weitergehende Maßnahmen des Freistaats sind aus unserer Sicht derzeit nicht angebracht; es bestehen schon Angebote. Zu berücksichtigen ist hierbei aber auch, dass es bereits etliche Jugendparlamente auf kommunaler Ebene gibt. Gemessen an der Gesamtzahl der Kommunen in Bayern ist deren Anteil aber überschaubar. Ein Landesjugendparlament ist vor diesem Hintergrund schwer vorstellbar. Auch die mit dem Antrag angestrebte paritätische Besetzung dürfte in der Praxis problematisch sein. Es wird kaum möglich sein, eine paritätische Beteiligung von Förderschülern, Gymnasiasten, Real-, Mittel- und auch Berufsschülern zu erreichen.

Zum Antrag zur Stärkung der Jugendsozialarbeit an Schulen: Grundsätzlich halten wir die Jugendsozialarbeit an Schulen für wichtig und erforderlich und sprechen uns damit auch für eine Regelfinanzierung aus, um auf die heutigen Herausforderungen reagieren zu können. Dennoch müssen wir uns einmal ganz grundsätzlich die Frage stellen, warum Jugendsozialarbeit an Schulen heute wichtig ist und warum wir mittlerweile über Sozialarbeit in Kitas diskutieren. Über die tiefer liegenden Ursachen wird meines Erachtens viel zu wenig diskutiert; die Corona-Maßnahmen sind dabei auch nur eine

Facette. An dem Antrag ist zudem zu kritisieren, dass Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit an Schulen vermengt werden, obwohl es sich um zwei verschiedene Institute handelt.

Zu den Anträgen V und VI zu "Mental Health matters": Es sind gute Ansätze dabei, und die Intention ist durchaus richtig; manches ist aus unserer Sicht aber auch komplett sinnfrei. Insgesamt lehnen wir die Anträge ab, weil die Zielrichtung aus unserer Sicht nicht stimmt. Eine Bemerkung kann ich mir an dieser Stelle jedoch nicht verkneifen: Die Corona-Maßnahmen haben ohne Zweifel dazu beigetragen, dass psychische Erkrankungen bei Jugendlichen zugenommen haben. Dennoch gibt es auch andere krank machende Faktoren. Vor dem Hintergrund, dass die Ampelkoalition die Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken beabsichtigt, sind die Anträge zu "Mental Health matters" schon etwas befremdlich. Schließlich kann auch der Konsum von Cannabis bei einem Teil der Jugendlichen – nicht bei allen – ernsthafte psychische Erkrankungen auslösen oder verstärken. Das passt einfach nicht zusammen. Wir lehnen das Antragspaket ab.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Arif Taşdelen für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion hat ein Antragspaket zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen vorgelegt, welches vordringlich zwei Aspekte umfasst: die Stärkung der Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Bayern sowie die Sensibilisierung für die Unterstützung bei psychischen Erkrankungen.

Wir als SPD-Landtagsfraktion unterstützen die Stoßrichtung der Anträge, auch wenn wir nicht jedem Antrag zustimmen werden. Die aktuellen Zahlen und Berichte zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sind erschreckend. Die Zahl der

Jugendlichen mit Anzeichen einer Depression ist laut einer Analyse des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung deutlich angestiegen. Essstörungen, Verhaltensauffälligkeiten und Ängste haben deutlich zugenommen.

Insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien oder aus Familien mit Migrationsgeschichte sind überproportional von einer Zunahme psychischer Symptome betroffen. Die Lage in Bayerns Kinder- und Jugendpsychiatrien ist dramatisch und erschütternd. Um Kinder und Jugendliche bestmöglich aufzufangen, muss deshalb sofort gehandelt werden. Die Unterstützungsangebote müssen dringend ausgeweitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Hierin stimmen wir mit der FDP überein. Auch wir fordern mehr Schulpsychologinnen und -psychologen, praxisnahe Weiterbildungsangebote für pädagogisches Personal – am besten bereits in der Ausbildung –, den Ausbau und die Stärkung der Jugendsozialarbeit an Schulen und eine Sensibilisierung und Entstigmatisierung von psychischen Krankheiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern aber auch endlich mehr Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen in Bayern, und das schon seit Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehören für uns eine Absenkung des Wahlalters, die Änderung der Gemeindeordnung, um Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene verbindlich festzuschreiben, und die Einführung eines Jugend-Checks für Gesetzesvorhaben. Die letzten Monate haben doch eindringlich gezeigt, wie wichtig Jugendbeteiligung ist. So heißt es auch in Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention: Du hast das Recht, deine eigene Meinung mitzuteilen, und Erwachsene müssen das, was du sagst, ernst nehmen.

(Unruhe)

Die Pandemiepolitik der Staatsregierung zeigt aber trotz aller Appelle junger Menschen, der Jugendverbände und der Fachpraxis und trotz der alarmierenden Zahlen zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, dass in den Monaten rein gar nichts gelernt wurde. Wieder einmal sind es Kinder und Jugendliche, die die vergleichsweise härtesten Einschnitte in ihrem Leben hinnehmen müssen. Sie müssen ausbaden, was an anderer Stelle versäumt wurde. Sie werden einfach nicht gehört und fühlen sich deshalb von der Politik im Stich gelassen.

Auch nach eineinhalb Jahren der Pandemie tauchen Kinder und Jugendliche in der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung der Staatsregierung weiterhin nur als Kita-Kinder, Schülerinnen und Schüler oder als Auszubildende auf. Die Jugendarbeit als eines der wichtigsten Auffangnetze wird meist unter der Kategorie Freizeitvergnügen abgehandelt. Das macht sprachlos. Liebe Mehrheitsfraktionen, aus der Jugendforschung wissen wir, dass Kinder und Jugendliche in solch bedeutsamen Lebensphasen drei wichtige Entwicklungsaufgaben zu bewältigen haben:

Erstens. Sie müssen Qualifikationen erwerben.

Zweitens. Sie müssen sich verselbstständigen.

Drittens. Sie müssen sich positionieren, sei es in der Weltanschauung oder bei ihrer politischen Meinung.

Wir als Erwachsene, aber insbesondere als Politikerinnen und Politiker

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Arif Taşdelen (SPD): haben die Pflicht, dafür – auch in der Pandemie – die notwendigen Rahmenbedingungen, aber auch die notwendigen Freiräume zu schaffen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Barbara Becker für die CSU-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Barbara Becker (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Sandt, danke für diese Anträge; sie geben uns als Christsozialen die Chance, mal ein paar Sachen klarzustellen und zu beschreiben. – Es ist vielleicht ein bisschen so wie bei Hase und Igel; der Hase rennt, und der Igel sagt: Ich bin schon da.

Lassen Sie uns das Thema aber gebührend ernstnehmen: Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen ist natürlich genauso wichtig wie Aufklärung über psychische Störungen. Unser Bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz trägt maßgeblich dazu bei. Es ist auch richtungsweisend. Das Gesetz will entstigmatisieren, will Anlaufstellen bieten, will frühzeitige Unterstützung bieten, um damit auch wirksam zu helfen.

Ein paar Beispiele, die daraus resultieren, zu dem, was wir schon tun, um zu dieser Entstigmatisierung und Information beizutragen: Schon Melanie Huml hat, als sie noch Gesundheitsministerin war, die Kampagne "Bitte stör mich! – Aktiv gegen Depression" vorgestellt; sie stellt Depression mit ihren vielfältigen Erscheinungsformen in den Mittelpunkt, schafft Aufmerksamkeit und holt diese Krankheit einfach aus der komischen Schmutzdecke heraus.

Diese Kampagne zur Aufklärung über die Krankheit Depression wurde 2020 auf die Corona-Pandemie hin ausgeweitet. Wir sehen natürlich, dass wir nicht nur eine medizinische, sondern auch eine seelische Inzidenz haben. Wir müssen da solche Kampagnen begleitend überarbeiten und verstärken. Das tun wir auch.

Der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat im September eine neue Öffentlichkeitskampagne gestartet, die psychische Belastungen gerade von jüngeren Kindern in den Fokus nimmt, die deren Familien informiert und ermutigt, sich um das Thema zu kümmern, ganz mutig an Ansprechpartner heranzugehen. Die Kinder wer-

den da ganz niederschwellig informiert. Im Elternheft – es geht um einen Comic – sind Anlaufstellen und Hilfsangebote für die Eltern enthalten.

Ein Kernelement sind aber die Krisendienste, die seit Juli 2021 in Bayern endlich flächendeckend 24/7 erreichbar sind. Sie sind für jeden, nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für Angehörige oder diejenigen, die im Umfeld von jemanden sind, der in einer Krise steckt und Hilfe braucht.

Liebe FDP, es wäre uns ein großes Anliegen, wenn Sie dazu beitragen könnten, die Krisendienste und deren Leistungen einfach noch bekannter zu machen. Damit wäre mehr geholfen als mit manchem Antragspaket.

Weitere niederschwellige Maßnahmen: Wanderausstellungen usw. – Ich könnte jetzt stundenlang erzählen. Ich lasse es, weil ich noch auf einen bestimmten Punkt kommen will.

Studien gibt es wahrlich genug. Man kann einerseits nie genug forschen, andererseits müssen wir aber auch von der Erkenntnis zum Tun kommen.

Sie haben seit heute gute Kontakte zur Bundesebene. Der Freistaat Bayern hat den Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz. Klaus Holetschek hat einen Leitantrag "Zukunft gestalten – die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Kontext der Corona-Pandemie" eingebracht, dem alle Länder beigetreten sind. Eine Enquete-Kommission soll einen Bericht erstellen, dann werden Maßnahmen abgeleitet. Land und Bund können da gut zusammenarbeiten.

Zu den Schulpsychologen und Schulpsychologinnen: Das muss uns erst einmal einer nachmachen, so viele Stellen – noch mal zusätzlich in der Corona-Pandemie – aufzubauen. Das sind vielleicht trockene Zahlen: 500 Stellen zusätzlich, jedes Jahr 100; 170 Stellen noch mal extra aufgrund der Corona-Pandemie. Hinter jeder trockenen Zahl steht aber jemand, ein Mensch, ein Profi, der hilft, psychische Erkrankungen zu verhindern, aufzugreifen und zu behandeln.

(Beifall bei der CSU)

Um was es mir jetzt aber noch geht:

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Kommen Sie bitte zum Ende.

Barbara Becker (CSU): – Dann mache ich das.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Das ist schön.

Barbara Becker (CSU): Nur noch ein Satz zu den Erzieherinnen: Das sind die versteckten Heldinnen der Pandemie. Die brauchen keine Fortbildung, die brauchen ganz andere Unterstützung, die brauchen Stressmanagement, die brauchen Entlastung, die brauchen in der Hinsicht keine Fortbildungen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin.

Barbara Becker (CSU): Wir lehnen die Anträge ab.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Frau Staatsministerin Carolina Trautner. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir als Jugendministerin ist das Thema Jugend tatsächlich so wichtig, dass ich, obwohl die Kollegen Enghuber und Tobias Gotthardt schon vieles ausgeführt haben, was komplett richtig ist, und auch die Kollegin Barbara Becker gerade noch einmal sehr gut für den Gesundheitsbereich gesprochen hat, noch einmal das Wort ergreifen will. Ich denke, es muss schon noch einiges zurechtgerückt werden.

Liebe Frau Kollegin Sandt, ich würde mir manchmal wünschen, dass wir bei wichtigen Themen ein bisschen mehr fraktionsübergreifend zusammenarbeiten und hier nicht immer die Keule schwingen würden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn Sie sagen, die Staatsregierung ignoriere die Bedürfnisse der Jugend komplett, dann ist das auf gut Deutsch ein Schmarrn! – Es kann sich wirklich sehen lassen, was wir für die Jugend hier in den letzten Monaten auf den Weg gebracht haben. Ich nehme das Thema Partizipation, wenn ich das so sagen darf, bierernst. Es ist mir ein Herzensanliegen, die Jugend zu beteiligen. Ich habe das hier schon so oft gesagt und werde nicht müde, es zu wiederholen: Bayern ist dieses Jahr Vorsitzland der Deutschen Jugend- und Familienministerkonferenz. Ich habe für dieses Jahr das Thema Partizipation gewählt. Wir leben dieses Thema mit zahlreichen Aktionen und zahlreichen Beteiligungsformaten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben bereits im April die Kinder- und Jugendkonferenz initiiert. Ich habe von dieser Konferenz gesagt, dass sie jährlich Bestand haben wird. Jedes Jahr wird es in Bayern eine Kinder- und Jugendkonferenz geben. Es gibt keine vorgeschriebenen Themen; nein, die Kinder und Jugendlichen haben sich ihre Workshops selber bestimmt und selber erarbeitet. Es hat im Nachgang Treffen gegeben. Wir haben die anderen Ressorts beteiligt. Kollegin Stolz ist da. Wir haben das Bildungsressort beteiligt und hier auch eine Rückkopplung bekommen; wir werden weiter sprechen. Wir haben natürlich auch das Innenministerium beteiligt; auch hier ist der Staatssekretär da. Auch alle anderen Ministerien – beispielsweise auch das Umweltministerium, das für die Wünsche der Jugend eine Rolle spielt – sind mit im Boot. Die Ressorts werden die Jugend anhören und versuchen, die Maßnahmen umzusetzen. – So zu tun, als gäbe es keine Beteiligung der Jugend, ist ja unglaublich! Inzwischen ärgert mich das auch richtig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben natürlich den Hackathon gemacht. Wenn man ihn runterreden will, dann kann man ihn gerne runterreden. Es tut mir echt leid, wenn man auch runterreden will, dass wir ein Jugendbudget von einer Million bereitgestellt haben, um die Maßnahmen umzusetzen. Es tut mir echt leid, wenn es nicht in die Köpfe geht, dass wir hier gewaltige Investitionen schaffen, um der Jugend hier ein Forum zu bieten. Die Jugend nimmt das auch gerne an. Die Jugendlichen freuen sich.

Nächstes Jahr haben wir Jugendpolitiktage vor. Auch das ist schon mit dem Bayerischen Jugendring beschlossen. Wir haben für nächstes Jahr den Bayerischen Tag der Jugend in Brüssel vor. Auch hier Partizipation! Wir haben eine Webseite auf den Weg gebracht, auf der wir alle Beteiligungsformate darstellen und die Vernetzung voranbringen wollen. Das ist ein Wunsch der Jugend.

Wir haben Schülerparlamente. Wir haben einen Landesheimrat. Wir haben hier auf allen Ebenen ganz viele Partizipationsmöglichkeiten. Wir nehmen die Jugend ernst.

Frau Lettenbauer, ja, ich vertraue der Jugend. Ich werde auch nicht müde, das zu sagen. Das sind nicht nur warme Worte. Wir müssen uns das alle zu Herzen nehmen; denn wir gestalten heute die Zukunft, in der unsere Jugend leben wird. Deswegen ist es so wichtig, dass wir die Jugend hier mitnehmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben natürlich viele Unterstützungsangebote auf den Weg gebracht. Da sind die digitalen Streetworker.

Zum Themenkomplex Jugendsozialarbeit an Schulen: Also, wenn wir da noch ein Defizit haben! Dieses Jahr haben wir 140 neue Stellen; 120 sind schon besetzt. Wir fördern sie mit dem dreifachen Satz, um dies zu unterstützen und die Kommunen dabei mitzunehmen. Nächstes Jahr wird es weitere 140 Stellen geben. Du liebe Zeit, das ist

alles nichts? – Dafür brauche ich kein Antragspaket der FDP. Entschuldigung, hier sind wir schon unterwegs.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich ignorieren wir auch Kinderrechte nicht. Es wurde völlig zu Recht gesagt: In der Bayerischen Verfassung haben wir so etwas schon. Ich darf an dieser Stelle auch sagen: Bayern hat das im Bund nicht blockiert. Wir haben das unterstützt. Dass das nicht geklappt hat, finde ich bedauerlich. Aber ich freue mich umso mehr, Frau Sandt, wenn Sie dies auch nach Berlin transportieren und wir hier einen neuen Anlauf starten. Gerne! Sie haben uns da an Ihrer Seite. Das haben wir auch unterstützt. Dafür kämpfen wir gerne gemeinsam; denn es ist ein wichtiges Thema.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lassen Sie mich zusammenfassend feststellen: Ich glaube, wir sollten die Fortschritte nicht kaputtreden, die wir hier schon so gut auf den Weg gebracht haben. Wir sollten ein bisschen mehr sehen, was schon gut läuft und wie viel wir auf den Weg gebracht haben, wodurch wir die Jugend sehr, sehr ernst nehmen. Dies ist ein wichtiges Anliegen der Jugend. Sie wird berücksichtigt. Nehmen wir dies doch gemeinsam als unsere Aufgabe an und versuchen wir nicht, uns hier gegenseitig mit Maßnahmen zu übertreffen, die schon längst laufen, und uns gegenseitig die Schuld dafür zuzuweisen, dass das eine oder andere Thema nicht umgesetzt ist! Ich glaube, wir sind hier auf einem richtig guten Weg. Wir nehmen die Jugend sehr, sehr ernst. Ich werde die Kinder und Jugendlichen sowie die Interessen dieser Altersgruppe weiterhin als meine Aufgabe sehen und prioritär unterstützen. Sie haben mich hier als Kämpferin an Ihrer Seite. Lassen Sie uns dies weiterhin gemeinsam anpacken! Ich glaube, dann kommen wir voran. Lassen Sie uns nicht über Kleinigkeiten streiten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Staatsministerin, es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sie haben natürlich einiges getan. Sie haben Stellen für die Jugendsozialarbeit an Schulen geschaffen. Sie haben aber deutlich weniger Stellen geschaffen, als ursprünglich angekündigt wurden. Die Kostensteigerung wurde seit Jahrzehnten nicht berücksichtigt. Es gibt eine Förderschädlichkeit. Das heißt, in dem Zeitraum, in dem keine Förderung möglich war, haben einige Kommunen auf eigene Faust Sozialarbeiter eingestellt. Diese können keine Förderung erhalten. Das ist auch ein Punkt aus unserem Antrag.

Ein zweiter Punkt wären die Konferenzen, die Sie erwähnt haben. Das sind in meinen Augen keine strukturellen Änderungen, sondern einzelne Konferenzen. In eine Konferenz konnte ich Einblick nehmen. Das war der Hackathon. Der Jugendring hatte mich darauf hingewiesen, weil dies eine kooperative Veranstaltung war. Dem konnte ich folgen. Zu den anderen Konferenzen wurden wir als Abgeordnete nicht eingeladen und haben auch keine Informationen erhalten. Deswegen würde mich interessieren, wer dazu wie eingeladen wurde und welche Forderungen Sie aus diesen Jugendkonferenzen schon konkret umgesetzt haben oder in einem bestimmten Zeitraum umsetzen werden.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Kollegin.

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Schön, Frau Sandt. Sie haben mit den Worten begonnen, die Staatsregierung ignoriere die Jugend. Jetzt sind Sie schon so weit, zuzugeben, dass wir tatsächlich etwas auf den Weg gebracht haben. Es freut mich, dass die Erkenntnis nun in einer Dreiviertelstunde so weit gereift ist und Sie tatsächlich zugeben,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

dass wir etwas getan haben. Wir haben bei der Jugendsozialarbeit an Schulen – JaS – nicht weniger Stellen umgesetzt, als wir angekündigt hatten. Es waren, wenn die 1.000 erreicht sind, immer 1.280 Stellen im Gespräch. Wir haben dies sogar dank des Budgets, das wir erhalten haben, einmal aus Berlin und noch einmal vom Freistaat Bayern, vorziehen können, sodass wir die Zahl von 1.280 JaS-Stellen sehr, sehr früh auf den Weg bringen können. Das ist Fakt und ein Riesenerfolg! Den lasse ich mir auch nicht kleinreden.

Natürlich gibt es manche Stellen, die schon im Vorgriff von den Kommunen auf den Weg gebracht wurden und die wir in diesem Fall vielleicht nicht mehr so unterstützen können. Aber es ist auch eine kommunale Aufgabe, hier tätig zu werden. Der Freistaat unterstützt die Kommunen dabei. Wir können uns als Freistaat nicht jede Aufgabe zu 100 % zu eigen machen. Dafür gibt es die verschiedenen Strukturen. Die Kommunen tragen auch eine Verantwortung, und sie tragen sie gerne. Lassen Sie uns hier über alle Ebenen hinweg gemeinsam unterwegs sein. Wir unterstützen die Kommunen. Wir lassen sie nicht im Regen stehen.

Bei den Parlamenten werden Sie zukünftig natürlich auch beteiligt werden und die Ergebnisse erfahren. Mir war bei der Kinder- und Jugendkonferenz wichtig, dass die Kinder und Jugendlichen dabei sind. Darum ging es. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Ich gebe zwischendurch bekannt, dass zum Tagesordnungspunkt 26, dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion "Rationale und bürgerorientierte Energiepolitik" namentliche Abstimmung durch die AfD-Fraktion beantragt worden ist.

Weitere Wortmeldungen hierzu liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt. Die jeweils federführenden Ausschüsse empfehlen alle sechs Anträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/17867 betreffend "Neue Chancen für Bayerns Jugend I – Recht auf altersgerechte Beteiligung in die Bayerische Verfassung" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Hiermit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/17868 betreffend "Neue Chancen für Bayerns Jugend II – Einführung eines Jugend-Checks für Gesetzesvorhaben" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Antrag ebenso abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/17869 betreffend "Neue Chancen für Bayerns Jugend III – Ausbau und Stärkung von Jugendparlamenten" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion. Dann ist auch dieser Antrag hiermit abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/17870 betreffend "Neue Chancen für Bayerns Jugend IV – Stärkung der Jugendsozialarbeit an Schulen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der CSU-Fraktion, der FREIEN WÄHLER, der AfD-Fraktion und der SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Hiermit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/17871 betreffend "Neue Chancen für Bayerns Jugend V – Mental Health matters – psychische Erkrankungen entstigmatisieren und gezielt helfen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der CSU-Fraktion, der FREIEN WÄHLER und der AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/17872 betreffend "Neue Chancen für Bayerns Jugend VI – Mental Health matters, auch in Bildung" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der CSU-Fraktion, der FREIEN WÄHLER und der AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Auch hier sehe ich keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.